Nr. 141 2. Ausgabe

Sonntag, 25. Mai 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigen: Die 54 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 79 mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Platzvorschrift M. 3.— für Stellen- oder Aufschlag 10 %. Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgesetzten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % Sondernachlaß. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.75, vierteljährlich M. 5.10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10; B mit „Illustr. Neueste" „ 1.85, „ „ 5.55. Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M. 1.10. Einz. Numm. 10 Pf.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 8 20, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 89. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Der Abbau der Lebensmittelpreise

Von Prof. Dr. Wygodzinski (Bonn)

Die Beziehungen der städtischen Verbraucherschaft zu den ländlichen Produzenten werden vielleicht durch nichts schärfer charakterisiert, als durch die Streikdrohung westdeutscher Bauern, die für ihre Butter mehr als den gegenwärtigen Höchstpreis von 3,60 M. haben wollten, während zu gleicher Zeit in den Städten für Butter 26 M. bezahlt wird. Es ist zweifellos, daß hier eine außerordentliche Ausbeutung der hungernden Städter durch den Schleichhandel vorliegt. Aber mit Lamentationen darüber ändert man nichts und mit der strafrechtlichen Verfolgung des Schleichhändlers, so sehr diese unserm sittlichen Empfinden entspricht, auch nichts. Im Gegenteil, es folgt dann nur, wie wir es bei jeder Verschärfung der Schleichhandelsgesetzgebung gesehen haben, ein Zuschlag als Risikoprämie, und der „Schleichhandelspreis" steigt ins Ungemessene. Der Preis ist stets das Spiegelbild der wirklichen Verhältnisse; nur wenn man diese ändert, kann man eine Aenderung des Preises erwarten.

Es ist nun das einfachste volkswirtschaftliche Grundgesetz, dessen Mißachtung sich stets rächt, daß der Preis sich nach Angebot und Nachfrage regelt; der Wucher, ob er auf „Hausse" oder „Baisse" geht, kann nur diese Situation ausnutzen. Es liegt nun zur Zeit so, daß die Nachfrage nach Lebensmitteln das Angebot immer noch weit übertrifft. Ganz irrig ist die Annahme, daß durch eine Einkommenserhöhung der notleidenden Volksmassen dieses Verhältnis verschoben werden könnte. Eine Ausgleichung der Einkommen gegenüber der Vorkriegszeit ist aus andern Gründen nötig; der Butterpreis aber — um bei unserm Beispiel zu bleiben — wird dadurch nicht um einen Pfennig gesenkt, sondern vielmehr erhöht. Durch die Lohn- und Gehaltserhöhungen wird einfach der Kreis der Butterkäufer vermehrt, und damit muß sich automatisch der Preis steigern — wenn nicht zu gleicher Zeit das Angebot erhöht wird.

Eine Erhöhung des Angebots ist nur auf zwei Wegen möglich: durch eine gesteigerte Einfuhr oder durch gesteigerte Produktion auf dem eigenen Boden. Bezüglich der Einfuhr sind wir nicht frei. Selbst wenn aber mit größeren Einfuhrmengen zu rechnen wäre, würde damit eine Preissenkung nicht erfolgen; die Preisbildung dieser Einfuhrgüter ist nicht die marktmäßige, sondern wird uns diktiert. Der Höchstpreis für die Tonne Weizen in Berlin beträgt 325 M.; die Tonne amerikanischer Weizen kostet uns nach der Berechnung des Deutschen Landwirtschaftsrates 1823 M. Genau so liegt es mit der Mehrzahl der aus dem Auslande kommenden Lebensmittel. Von dort aus ist also unter den gegenwärtigen Umständen eine Preissenkung nicht zu erwarten. Bleibt also nur das Inland. Wir wollen von der inländischen Produktion etwas Doppeltes: daß sie möglichst umfangreich und billig sei. Beides widerspricht sich bis zu einem gewissen Grade, weil nach dem Naturgesetz des abnehmenden Bodenertrages jedes weitere Quantum, das dem Boden abgerungen wird, teurer ist als das vorhergehende. Aber durch Hebung der landwirtschaftlichen Technik, durch Verbesserung des Betriebes läßt sich dieses Gesetz für einen Teil unsrer Böden vorläufig noch überkompensieren. Es sind vor allem die kleineren Betriebe, die — im Gegensatz gegen die Großbetriebe — technisch oft noch recht rückständig sind. Eine solche Hebung der Technik des Kleinbauern erfordert freilich mehr Zeit, als unsre hungrigen Mägen vertragen.

Nun ist aber durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage der Preis nur relativ, nicht in seiner absoluten Höhe festgelegt. Die absolute Preishöhe richtet sich vielmehr nach den Produktionskosten; es ist, ebenso wie in der Industrie, auch in der Landwirtschaft unmöglich, auf die Dauer zu einem Preise zu produzieren, der den aufgewendeten Kosten einschließlich eines bescheidenen Arbeitslohnes nicht entspricht. Diese Tatsache, so überaus klar sie ist, wird von den städtischen Verbrauchern viel zu oft übersehen. Die Produktionskosten der Landwirtschaft haben sich während des Krieges in einem ganz außerordentlichen Maßstabe gesteigert; namentlich der Verlust der nur sehr teuer zu ersetzenden Gespannkräfte durch die militärischen Requisitionen und die Erschöpfung des Bodens, dem keine Ersatzstoffe in genügender Menge zugeführt werden konnten, machen sich in schlimmster Weise fühlbar. Ein Pferd, das früher 1200 bis 1800 M. kostete, ist jetzt nicht unter 5000 bis 6000 M. zu haben; ein Zugochse ist von 600 auf 2000 M. gestiegen. Die Preise für Düngemittel — der Naturdünger ist mit dem Rückgang der Zahl und der schlechten Ernährung der Tiere immer weniger und wirkungsloser geworden — haben sich verdoppelt, verdreifacht, für Superphosphat versiebenfacht; dabei wird mit ihnen, ebenso wie mit Futtermitteln ein schamloser Wucher gegen die Landwirtschaft getrieben, wie eben noch das Kalisyndikat bezüglich der geringen im Handel befindlichen Kalimengen mitteilte. Handelte es sich bei den Zugtieren um Erzeugnisse der Landwirtschaft selbst, die infolge ihres organischen Charakters erst im Verlaufe mehrerer Jahre zu reproduzieren sind und den Gesamtbedingungen der landwirtschaftlichen Produktion unterliegen, so sind die Kunstdüngerpreise durch die Produktionsbedingungen der Industrie bedingt. Das gilt aber auch von allen andern unzähligen Produktionshilfsmitteln sachlicher Art, die der Landwirt in seinem Betriebe direkt oder indirekt benötigt, von den Ziegeln an, deren Preise sich verfünffacht haben, bis zu den Arbeitshosen, für die jetzt ungefähr das fünfundzwanzigfache des Preises vor dem Kriege bezahlt werden muß. In einer höchst verdienstvollen Arbeit über die Steigerung der Produktionskosten der deutschen Landwirtschaft, die J. A. Pieper im „Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt" veröffentlicht hat, ist diese Preissteigerung mit umfangreichem Zahlenmaterial belegt. Nur noch einige Beispiele für landwirtschaftliches Arbeitsgerät. Es kostete im Jahre 1914 und im Januar 1919 eine Axt 3 und 10 M., ein Reiserbesen 20 Pf. und 3,50 M., ein Futterkorb 50 Pf. und 5 M., ein Hufeisen 80 Pf. und 3 M., eine Pferdeleine aus Leder 6 M. und 50 bis 60 M., eine Sichel 70 Pf. und 4 M., ein Erntewagen 200 M. und 1200 M., ein Zweischarpflug 36 und 260 Mk., ein Rübenschneider 24 M. und 90,70 M. usw. Diese wahllos herausgegriffenen Ziffern sind für jedermann verständlich. Die enorme Steigerung der Preise der Produktionshilfsmittel (bis zu 1000 Proz.) hat zum Teil ihren Grund in den allgemeinen Kriegsfolgen und ist nur mit diesen zu ändern; aber sie wurzelt doch zum sehr großen Teile erst in den Zuständen der letzten Monate. Würden diese Ziffern bis auf den heutigen Tag vervollständigt, so würde das ein wahrhaft erschütterndes Bild geben!

Die Luftstickstoffabriken, die während des Krieges gebaut worden sind und deren Erzeugnisse für militärische Zwecke in Anspruch genommen wurden, ständen jetzt der Landwirtschaft zur Verfügung. Nach Autoritäten wie Geheimrat Aereboe würden durch eine entsprechende Anwendung von Stickstoffdünger die Erträgnisse der Landwirtschaft verdoppelt werden können. Aber dieser Stickstoff wird nicht geliefert, weil die Arbeiter der Kohlengruben, der Elektrizitätswerke, der Eisenbahnen und endlich der Stickstoffwerke selbst streikten. Das gleiche Bild überall! Es gibt zur Zeit nur einen Weg des „Preisabbaues" der landwirtschaftlichen Erzeugnisse: das ist die Verbilligung der Produktionsmittel der Landwirtschaft. Statt dessen führt die Verblendung großer Teile der Arbeiterschaft zu genau dem entgegengesetzten Ziele: die Produktionsmittel werden immer weiter verteuert oder fehlen bald überhaupt. Jeder Tag Streik bedeutet nicht nur einen Lohnausfall für die Arbeiterschaft, bedeutet nicht nur eine Vermögenseinbuße für unser Vaterland, sondern er bedeutet auch eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise. Es ist so und läßt sich durch keine Deutelei, durch keine Anklage aus der Welt bringen: Wer essen will, muß arbeiten.

Die Fertigstellung des Gegenentwurfs

* Berlin, 24. Mai. Die Gegenvorschläge sind jetzt endgültig fertiggestellt und es bedarf nur einer nochmaligen Redaktion und der technischen Herstellung, die durch die Uebersetzung ins Englische und Französische einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Man rechnet damit, daß die Uebergabe der deutschen Antwort in den ersten Tagen der nächsten Woche, vielleicht schon am Montag, erfolgen kann. Gleichzeitig mit der Uebergabe wird auch die Veröffentlichung vorgenommen werden.

Bisher war von der Friedensdelegation die Taktik verfolgt worden, vor der Uebergabe der endgültigen Antwort Einzelfragen und Einzelnoten zu versenden. Viele Fragen eignen sich aber nicht zur alleinigen Bearbeitung und deshalb hat man insbesondere die Hauptfragen in einer großen Denkschrift zusammenhängend behandelt. Dieser umfangreichen Darstellung ist das Wilson-Programm zugrunde gelegt, auf Grund dessen wir uns zu den Friedensverhandlungen bereit erklärt haben.

In der deutschen Antwort wird aber auch der Versuch unternommen, den „Zwiespalt zwischen den wirtschaftlichen und territorialen Bedingungen" aufzudecken. Es werden außerdem positive Vorschläge gemacht über das, was Deutschland wirklich leisten kann. Bei diesen Vorschlägen sind natürlich auch die territorialen und kolonialen Fragen berücksichtigt worden. Es wird auch darauf hingewiesen, daß gewisse Leistungen von uns nur erfüllt werden können, wenn eine Gemeinsamkeit der Arbeit zwischen unsern Gegnern und uns gewährleistet ist. Bei der Reichsregierung und auch bei der Friedensdelegation herrscht die Auffassung vor, daß unsre Gegenvorschläge brauchbar und annehmbar sind und daß sie geeignet sind, Verhandlungen anzubahnen. Andre Fragen als die endgültige Fertigstellung der Gegenvorschläge sind gestern in Spa nicht besprochen worden, insbesondere ist die Frage der Unterzeichnung und die Frage einer eventuellen Volksabstimmung nicht erörtert worden.

*

Der Mißbrauch unsrer Gefangenen

II. Basel, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Franzosen befördern andauernd neue deutsche Kriegsgefangene für Wiederherstellungsarbeiten in die verwüsteten Gebiete. Von schweizerischer Seite wurde festgestellt, daß außer den 200 000 deutschen Kriegsgefangenen, die nach dem Beschlusse des französischen Kriegsministeriums zu diesen Arbeiten verwendet werden sollen, gegenwärtig der größte Teil der in französischer Gefangenschaft befindlichen zu Wiederherstellungsarbeiten gezwungen wurde. Um sich über den Zustand der deutschen Kriegsgefangenen Klarheit zu verschaffen, ist am Mittwoch von Genf aus eine Abordnung des Roten Kreuzes nach Frankreich abgereist, die drei Wochen unterwegs sein und den größten Teil der Kriegsgefangenenlager besuchen wird, um sich einen Gesamteindruck zu machen. Man darf auf das Ergebnis ihrer Untersuchung gespannt sein.

Sorgen der französischen Rentner

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten ∇-Sonderberichterstatters)

Spa, 24. Mai. In Pariser finanziellen Kreisen herrscht starke Beunruhigung infolge des schlechten Standes der Friedensunterhandlungen. Die Börsenblätter betonen, daß die Abwärtsbewegung der französischen Rente im Laufe der nächsten Tage andauern werde und daß der Rückgang der Franken-Valuta in London und New-York nicht aufzuhalten sei. Von einer gewandten Persönlichkeit, die gestern aus Paris hierher kam und mit Pariser Banken zu tun hatte, erhalte ich hierzu die Mitteilung, daß der Pessimismus in den dortigen Kreisen der Geldleute einen hohen Grad erreicht habe. Man zweifelt nicht an einem schweren Rentensturze, falls es zu einer Fortsetzung des Krieges kommen sollte. Bankkreise raten zur mündlichen Verständigung mit den Deutschen schon deshalb, weil sie die Undurchführbarkeit der vorliegenden Bedingungen einsehen und überdies der Meinung sind, daß Deutschlands Aufreibung in wirtschaftlicher Hinsicht nur den Engländern recht wäre, aber unwiderruflich zu finanziellen Rückschlägen, wenn nicht zu Katastrophen führen müßte.

Pariser Bankkreise halten die Anstrengungen Tardieus, die gedrückte Volksstimmung durch Aussicht auf Wiederherstellung und auf Zahlungsfähigkeit Rußlands zu bessern, für sinnlos, denn Frankreich wäre nicht imstande, in Rußland eine aktive Politik neben Amerika, England und Japan zu betreiben. Deshalb drängt man zu gesunden Entschlüssen namentlich in der Richtung, daß mit den Deutschen auf praktischer Grundlage verhandelt werde. England tut das Möglichste, um diese mündlichen Besprechungen mit den Deutschen zu verhindern. Mein Gewährsmann hörte mehrfach bittere Bemerkungen über England. Die Lage des Pariser Marktes verschlechtert sich zusehends. Einzelne Industriewerte weisen infolge der verzögerten Friedensarbeit bedeutende Rückgänge auf. Gestern kam aus New-York eine Bankmeldung, der zufolge sich eine amerikanische Bankgruppe unter Führung der National-City-Bank bereit erklärt hätte, in Paris über eine große Anleihe an Frankreich zu unterhandeln, angeblich vier Milliarden Dollars, in vier Abschnitten zahlbar. Eine Bestätigung fand diese Nachricht bisher nicht.

*

Die Vernichtung unsrer Auslandsguthaben

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten ∇-Sonderberichterstatters)

Versailles, 24. Mai

In der von uns an Clemenceau geschickten Note über das Privatrecht wird mir von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die deutsche Delegation einen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat, der im weitesten Maße die Heranziehung deutscher Auslandsguthaben zur Tilgung der Kriegsentschädigung gewährleistet. Die im Vertrage enthaltenen Bedingungen gehen viel zu weit, weil sie jeden Deutschen für alle Zukunft des Rechtes berauben, ausländische Werte zu besitzen. Die Bedingungen würden beispielsweise unmöglich machen, daß ein deutscher Kaufmann Waren nach Japan verschickt, denn den Japanern könnte es einfallen, sich auf den Vertrag zu berufen und die Waren nicht zu bezahlen. Käme das im Vertrag enthaltene Statut über deutsche Auslandswerte zur Verwirklichung, dann würden die mittleren Kaufleute in Deutschland wahrscheinlich Konkurs ansagen müssen.

Man weiß in Delegationskreisen noch immer nicht, ob sich der mündliche Verkehr mit den Gegnern wird herstellen lassen. Aber die vorliegenden Fragen könnten überhaupt nur in Kommissionsberatungen erfolgreich erörtert werden. Daß der ganze Abschnitt über die Vernichtung der deutschen Auslandsguthaben und ihre Liquidierung auf die denkbar brutalste Art englischen Ursprungs ist, unterliegt keinem Zweifel mehr.

Ferner erfahre ich von den Fachdelegierten für Ostpreußen, daß praktische Vorschläge über Ostpreußen zur Kenntnis der Gegner in den nächsten Tagen gelangen werden, Vorschläge, die hauptsächlich von verkehrspolitischen Erwägungen ausgehen.

*

Ein Einlenken in Aussicht?

* Basel, 24. Mai. (Priv.-Tel.) Der Pariser „Temps" schreibt: Ob die Alliierten Deutschland sichtlich entgegenkommen wollen, steht zur Stunde noch dahin. Es liegen lediglich Informationen von den amerikanischen Pressebureaus vor, die für ein Einlenken der Alliierten gewisse Hoffnungen aufkommen lassen.

*

Friedensforderungen englischer Arbeiter

* Kopenhagen, 24. Mai. Der Londoner Berichterstatter des Blattes „Politiken" drahtet: Der Vollzugsausschuß des englischen Gewerkschaftskongresses hatte gestern eine lange Konferenz mit Bonar Law wegen einer Reihe politischer Fragen. Der Ausschuß überreichte Bonar Law eine vom Dreibund (Bergarbeiter, Eisenbahn- und Transportarbeiter) angenommene Entschließung, die die Aufhebung der Intervention in Rußland, die Aufhebung der Heereseinberufungen und der Blockade gegen Deutschland fordert. Der Dreibund droht in der Resolution mit dem Generalstreik, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden. Die Antwort Bonar Laws wird nicht als befriedigend erachtet. Der Arbeitsminister Sir Robert Horne reiste Freitag nach Paris, um mit Lloyd George über die Lage zu verhandeln.

(Weitere Nachrichten siehe auf Seite 2.)

Die Lebensgefahr aus der Ueberorganisation

I.

Schon einmal erschallte überall der Ruf Organisation. Es war nach Ausbruch des Krieges. Man berauschte sich an dem Glauben an unsre Organisationsfähigkeit. Organisation hat den Zweck der Zusammenfassung aller Kräfte, an sich ein guter und erstrebenswerter Zweck, wenn der innere Geist eines Volkes ihm entspricht. Aber der innere Geist kann sich gegen eine Organisation wenden, und wird dies tun in dem Augenblick, in dem die individuellen Rechte zu stark durch die Organisation beschränkt werden. Die Wut der Organisation hat zu einer Ueberorganisation geführt. Diese selbst hat aber nicht zuletzt die betrübendsten Erscheinungen auf dem Gebiete der öffentlichen Moral gezeitigt.

Die Organisierung erstreckte sich während des Krieges ausschließlich auf das wirtschaftliche Gebiet und hatte ihren begründeten Kern in dem Bestreben, die geringen vorhandenen Rohstoffe sparsam zu verwenden und die Verteilung der Fertigwaren nach einem die Bedürfnisse sämtlicher Volksgenossen gleichmäßig berücksichtigenden Maßstabe zu regeln. Preisregulierung war mit ein Zweck der Organisation. Je straffer und umfassender aber die Organisation, um so ausgedehnter der Schleichhandel, und wir erleben das vernichtende Urteil über die Organisation zu der Preisbildung. Um die Vorschriften kümmert sich der Schleichhandel nicht, und die Ausdehnung des Schleichhandels hat zur Folge, was die Organisation vermeiden wollte, nämlich, daß die Preise aller Waren eine gewaltige Steigerung erfuhren oder besser, daß es zwei Preise gab für die gleiche Ware. Einen für die Menge, die dem einzelnen nach dem Verteilungsmaßstabe zustand, und einen für die, die der einzelne über die rationierte Menge erwarb. Die Ausdehnung des Schleichhandels bewirkte, daß sich die Kosten der Lebenshaltung nach den Preisen der geschwärzten Ware richteten. Und diese Tatsache übt ihren Einfluß auch auf die Lohnbildung aus. Der verbotene Freihandel hat die Preise gemacht, nicht die Behörde, und die Organisation mit ihrem Verbot des freien Handels hat bewirkt, daß die Risikoprämie Ursache einer Preissteigerung wurde, die die andern preisbildenden Faktoren nach oben hin wesentlich beeinflußte.

Auch heute erleben wir eine Hochflut der Organisation. Die Organisationsbildung hat aber von vornherein noch ungünstigere Voraussetzungen, als die bei Ausbruch des Krieges waren. Da aber politische Richtungen und Reibungen nebeneinander bestehen, fehlt der einheitliche Geist, der bei den Organisationsbestrebungen nach dem unmittelbaren Ausbruch des Krieges vorhanden war. Der Dualismus ist im Volke, der Dualismus ist auch in der Regierung, in der die gleichen Widerstände und Reibungen sind.

Die Organisationsbestrebungen der Gegenwart erstrecken sich auf wirtschaftliches und soziales Gebiet. Sie bezwecken eine Regelung der Produktion unter gleichzeitiger Erhöhung der Produktivität und die verantwortungsvolle Einschichtung der Arbeiterschaft in die Produktion. Daneben werden noch politische Zwecke verfolgt, die sich in den Plänen der unabhängigen Sozialisten und auch der Mehrheitssozialisten über den Aufbau des Rätesystems klar ausdrücken. In der Praxis kommt dieser Dualismus bereits zum Ausdruck. Jeder Vorausschauende mußte erkennen, daß früher oder später eine Gesetzgebung des Wirtschaftslebens eintreten wird, die auch die Kreise außerhalb des Unternehmertums entsprechend berücksichtigt und sozial wirken muß. Die russische Revolution hat den Gedanken des Rätesystems auch in unsre Revolution hineingetragen, aber auf den Namen kommt es nicht an, sondern auf den Inhalt. Die erste Frage ist, ob das Rätesystem sich nur auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete auszuwirken hat oder ob es eine politische Einrichtung sein soll. Um es gleich zu bemerken, auch in der Arbeiterschaft ist man sich über das Rätesystem durchaus nicht einig. Es ist kein Geheimnis, daß die Gewerkschaften sich gegen den Rätegedanken ursprünglich durchaus ablehnend verhielten. Begreiflich, denn sie befürchteten, daß die Räte die Gewerkschaftsarbeit schädigen. Der Kompromiß zwischen Gewerkschaft und Rätesystem ist in dem Entwurf, der das Rätesystem in der Verfassung festlegen soll, deutlich erkennbar. Ganz unberücksichtigt ist in diesem Entwurf aber das Bestreben geblieben, die Räte zu politischen Faktoren des öffentlichen Lebens zu machen.

Wie ist das Rätesystem gedacht? Es sollen Betriebsräte gebildet werden für jeden Betrieb. Sie setzen sich zusammen aus Arbeitern und Angestellten. Ihre erweiterte Aufgabe ist die des früheren Arbeiter- und Angestelltenausschusses. Abgesehen von Einzelheiten, die geeignet sind, die freie Unternehmertätigkeit zu unterbinden und die Tätigkeit des einzelnen Unternehmers ungünstig zu beeinflussen, kann sich auch der Arbeitgeber mit den Betriebsräten abfinden. Ob neben den Betriebsräten die Arbeiterausschüsse bestehen bleiben und diese selbst die Wahlkörper für die Betriebsräte sind oder ob diese aus Urwahlen der Betriebsbelegschaft hervorgehen, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Ganz getrennt von den Betriebsräten soll sich der übrige Aufbau der Wirtschafts-Organisation vollziehen. Bezirksarbeiterräte sollen gebildet werden durch Urwahl aus der Gesamtarbeiterschaft eines territorial abgegrenzten Bezirkes und Bezirksunternehmerräte, als deren Vertretung die Handelskammern, Landwirtschaftskammern zu gelten haben. Die Vereinigung der Bezirksarbeiter- und Bezirksunternehmerräte bilden die Bezirkswirtschaftsräte, die paritätisch zusammengesetzt sind. Als Wahlkörper für den Reichswirtschaftsrat fungieren die Bezirksarbeiterräte ebenso wie die Bezirksunternehmerräte. Die territorial ständische Gliederung wird ergänzt durch eine fachliche. Die fachliche Organisation der Arbeitnehmer, Gewerkschaft und Angestelltenverbände, und die fachliche Organisation der Unternehmer wählen Vertreter in die beiderseitigen Spitzenverbände und diese entsenden ihre Delegierten in den Reichswirtschaftsrat. Zwei

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919052502/1